

Öl, Gold, Platin, Coltan: Die Erde birgt eine Fülle von Rohstoffen und Ressourcen. Rohstoffe, die wir täglich nutzen, deren Abbau aber untragbare Folgen für Mensch und Umwelt hat. Was läuft schief im Rohstoffsektor? Und wie könnte eine zukunftsfähige Rohstoffpolitik aussehen? Darüber informiert dieses INKOTA-Infoblatt.

WAS IST ZUKUNFTSFÄHIGE ROHSTOFFPOLITIK?

Metallrohstoffe wie Aluminium, Kupfer und Zinn sowie Energierohstoffe wie Kohle, Erdgas und Erdöl lagern ungleich verteilt an verschiedenen Orten der Erde. Noch immer werden sie in vielen Teilen der Welt unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen gewonnen. Der Abbau zieht zudem Vertreibungen und die Verseuchung von Böden und Wasser nach sich. Eine zukunftsfähige Rohstoffpolitik muss dafür sorgen, dass die Unternehmen menschenrechtliche und ökologische Standards beim Abbau von Rohstoffen wahren. Und sie muss gewährleisten, dass Verteilung von und Zugang zu verschiedenen Rohstoffen gerecht gestaltet sind.

WELCHE ROHSTOFFE SIND BESONDERS PROBLEMATISCH UND WARUM SIND SIE ES?

Besonders problematisch sind die sogenannten Konfliktrohstoffe Zinn, Coltan, Wolframit und Gold. Ihr Abbau und Handel finanziert bewaffnete Konflikte und schürt bzw. verlängert damit Bürgerkriege. Doch Fachleute stufen auch andere Mineralien wie Kupfer, Nickel, Eisenerz und Silber als kritisch ein, weil es in verschiedenen Ländern der Erde beim Abbau zu schwersten Menschenrechtsverletzungen kommt wie Zwangsumsiedlungen oder gewaltsamer Unterdrückung von Protestbewegungen.

WELCHE AUSWIRKUNGEN HAT DER ROHSTOFF-ABBAU AUF DIE LOKALE BEVÖLKERUNG?

In der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) schürt der Handel mit Konfliktmineralien blutige Auseinandersetzungen. Der Betrieb der Goldmine Marlin in Guatemala verschmutzte nahegelegene Flüsse mit Schwermetallen wie Arsen. So vielschichtig die Auswirkungen auch sein mögen, eines haben sie in den meisten Fällen gemeinsam: Sie sind eine Bedrohung für die Menschen vor Ort. Die Versprechen auf Infrastrukturmaßnahmen, Arbeitsplätze und Entschädigungszahlungen werden selten gehalten. Die lokale Bevölkerung der rohstoffreichen Länder ist viel zu oft Verlierer des profitablen Rohstoffsektors.

DEUTSCHE ROHSTOFFPOLITIK I: WELCHE STRATEGIE VERFOLGT DIE BUNDESREGIERUNG?

Deutschland ist als einer der größten Rohstoffkonsumenten der Welt in hohem Maße von Rohstoffimporten abhängig. Im Jahre 2015 importierte Deutschland 335,3 Millionen Tonnen mineralische und Energierohstoffe im Wert von 106,9 Milliarden Euro.¹ Mineralische Rohstoffe sind wichtiger Bestandteil vieler Industriezweige. Gerade in der Elektronikbranche sind

sie unabhkömmlich – etwa in Bauteilen zur Herstellung von Maschinen, Handys, Laptops und Prozessoren. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die Versorgungssicherheit im Mittelpunkt der aktuellen deutschen Rohstoffpolitik steht. Um eine stabile und kostengünstige Versorgung der heimischen Industrie abzusichern, hat die Bundesregierung 2010 ihre Rohstoffstrategie verabschiedet. Mit dem Abbau von Handelshemmnissen, mit Bürgschaften oder ungebundenen Finanzkrediten erleichtert die Regierung deutschen Unternehmen den Zugang zu Rohstoffen überall in der Welt.

DEUTSCHE ROHSTOFFPOLITIK II: WER DARF MITREDEN UND WER NICHT?

Die Verantwortung für die Rohstoffpolitik liegt bei der Bundesregierung.

Der Interministerielle Ausschuss Rohstoffe (IMA)² trifft unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie die relevanten rohstoffpolitischen Entscheidungen.

Seit 2007 arbeitet auch der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) als Sachverständiger im IMA mit und nimmt damit entscheidenden Einfluss auf die rohstoffpolitischen Rahmenbedingungen.

Die Industrie ist in den Entscheidungsgremien präsent und betreibt einen ausgeprägten Lobbyismus.

Dadurch kann sie ihren Interessen kontinuierlich Nachdruck verleihen.

Dagegen haben weder zivilgesellschaftliche Organisationen noch direkt betroffene Bevölkerungsgruppen Möglichkeiten, ihre Forderungen einfließen zu lassen bzw. ihren Rechten Geltung zu verschaffen.

Die Industrie ist in den Entscheidungsgremien präsent und betreibt einen ausgeprägten Lobbyismus.

Dadurch kann sie ihren Interessen kontinuierlich Nachdruck verleihen.

Dagegen haben weder zivilgesellschaftliche Organisationen noch direkt betroffene Bevölkerungsgruppen Möglichkeiten, ihre Forderungen einfließen zu lassen bzw. ihren Rechten Geltung zu verschaffen.

Die Industrie ist in den Entscheidungsgremien präsent und betreibt einen ausgeprägten Lobbyismus.

Dadurch kann sie ihren Interessen kontinuierlich Nachdruck verleihen.

Dagegen haben weder zivilgesellschaftliche Organisationen noch direkt betroffene Bevölkerungsgruppen Möglichkeiten, ihre Forderungen einfließen zu lassen bzw. ihren Rechten Geltung zu verschaffen.

Die Industrie ist in den Entscheidungsgremien präsent und betreibt einen ausgeprägten Lobbyismus.

Dadurch kann sie ihren Interessen kontinuierlich Nachdruck verleihen.

Dagegen haben weder zivilgesellschaftliche Organisationen noch direkt betroffene Bevölkerungsgruppen Möglichkeiten, ihre Forderungen einfließen zu lassen bzw. ihren Rechten Geltung zu verschaffen.

Die Industrie ist in den Entscheidungsgremien präsent und betreibt einen ausgeprägten Lobbyismus.

Dadurch kann sie ihren Interessen kontinuierlich Nachdruck verleihen.

Dagegen haben weder zivilgesellschaftliche Organisationen noch direkt betroffene Bevölkerungsgruppen Möglichkeiten, ihre Forderungen einfließen zu lassen bzw. ihren Rechten Geltung zu verschaffen.

Die Industrie ist in den Entscheidungsgremien präsent und betreibt einen ausgeprägten Lobbyismus.

Dadurch kann sie ihren Interessen kontinuierlich Nachdruck verleihen.

Dagegen haben weder zivilgesellschaftliche Organisationen noch direkt betroffene Bevölkerungsgruppen Möglichkeiten, ihre Forderungen einfließen zu lassen bzw. ihren Rechten Geltung zu verschaffen.



Deutschland auf ein global gerechtes und verträgliches Maß zu senken.

Die Transparenz von Zahlungsflüssen sowie von Produktions- und Lieferketten muss konsequent weiterentwickelt werden. Verbindliche menschenrechtliche und ökologische Sorgfaltspflichten für Unternehmen aus dem Rohstoffsektor sowie für Finanzdienstleister und Investoren müssen gesetzlich verankert werden.

Mit einem Nationalen Aktionsplan sollten die „Leitprinzipien Wirtschaft und Menschenrechte“ der UN verbindlich in deutsches Recht integriert werden. Der kurz vor Jahresende 2016 verabschiedete „Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte“ verzichtet jedoch auf jede Verbindlichkeit. Damit hat die Regierung eine wichtige Chance verspielt, Opfern von Menschenrechtsverletzungen in Zulieferbetrieben deutscher Unternehmen Zugang zu Klagemöglichkeiten und Wiedergutmachung zu garantieren. Zwar formuliert die Politik klare Erwartungen an deutsche Unternehmen, menschenrechtliche Sorgfaltspflichten umzusetzen. Doch Konsequenzen müssen Unternehmen nicht fürchten, wenn sie diese Erwartungen ignorieren.

LIEGT DIE VERANTWORTUNG NICHT BEI DEN ROHSTOFFABBAUENDEN LÄNDERN?

Die Verankerung nationaler Bergbaugesetze in den Förderländern genügt oft nicht, um menschenrechtliche und ökologische Standards durchzusetzen. Gesetze müssen durch funktionierende Kontroll- und Sanktionsmechanismen begleitet werden, um wirksam zu sein. Viele rohstoffreiche Länder wie beispielsweise die DR Kongo und der Irak gelten als fragile Staaten, in denen die Regierungen nicht willens oder in der Lage sind, Rechtsstaatlichkeit sicherzustellen. Gewalttätige Konflikte, politische Willkür und Korruption stehen dort auf der Tagesordnung. Unter diesen Bedingungen eignen sich multinationale Konzerne Territorien und Rohstoffe an und beuten sie systematisch aus. Weil effektive Klagemechanismen für Menschen fehlen, die unter den Nebenwirkungen des Bergbaus leiden, haben die großen, meist ausländischen Investoren faktisch ein Machtmonopol. Um das zu ändern, sind starke politische Regulierungen in den Verbraucherländern gefragt, die Unternehmen zu menschenrechtlicher und ökologischer Sorgfalt verpflichten. Verantwortungsbewusste Unternehmen, denen es nicht gleichgültig ist, unter welchen Umständen die verwendeten Rohstoffe abgebaut werden, können zum Wandel beitragen.

WAS MACHT INKOTA?

Gemeinsam mit tausenden UnterstützerInnen machen wir Druck auf Unternehmen und Politik: Wir begleiten die deutsche und europäische Rohstoffpolitik kritisch, tragen unsere Forderungen zu verantwortungsvollen Lieferketten an Unterneh-

men heran und informieren in öffentlichen Veranstaltungen über Hintergründe der Rohstoffpolitik. INKOTA ist Mitglied im Arbeitskreis Rohstoffe, einem Netzwerk deutscher Nichtregierungsorganisationen, das sich mit politischer Lobbyarbeit für Menschenrechte, soziale Standards und Umweltschutz im Rohstoffbereich einsetzt.

WAS KANNST DU TUN?

Dich und andere informieren: Du kannst unser Info-Material bestellen, verschenken und weiterleiten, unseren Newsletter abonnieren oder uns auf Facebook und Twitter folgen.

Lebensstil verändern: Wir alle besitzen und nutzen Gebrauchsgüter wie Smartphones, Handys, Computer oder Waschmaschinen, die viele Rohstoffe enthalten. Durch unsere Nachfrage tragen wir zur Herstellung dieser Güter bei. Der Wandel des eigenen Lebensstils ist ein erster wertvoller Schritt hin zu einer ressourcengerechten Welt: Muss es ständig etwas Neues sein? Kann ich ein kaputtes Gerät vielleicht reparieren (lassen)?

Aktiv werden: Du kannst Kampagnen und Petitionen für eine faire Rohstoffpolitik unterstützen und bei Unternehmen nachhaken, ob sie Sorgfaltspflichten beim Rohstoffabbau in ihrer Geschäftspraxis etabliert haben.

INKOTA-FÖRDERMITGLIED WERDEN

Unterstütze die Arbeit von INKOTA regelmäßig – damit wir uns mit langem Atem für eine ressourcengerechte Welt einsetzen können.

www.inkota.de/foerdermitgliedschaft

¹ BGR: Bericht zur Rohstoffsituation in Deutschland 2015

² Der IMA koordiniert die Aktivitäten der Bundesregierung im Bereich Rohstoffpolitik und setzt sich aus VertreterInnen verschiedener Politikbereiche zusammen.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Internet-Links

www.inkota.de/ressourcengerechtigkeit

www.inkota.de/rohstoffpolitik

www.inkota.de/lieferkettenverantwortung

INKOTA-Materialien

INKOTA-Dossier 16 (2015):

Ressourcengerechtigkeit – Auf der Suche nach einer anderen Rohstoffpolitik.

www.inkota.de/dossier-ressourcen

INKOTA-Infoblatt Land Grabbing (2012):

www.inkota.de/infoblatt-land-grabbing

INKOTA-Infoblatt Konfliktrohstoffe (2016):

www.inkota.de/infoblatt_konfliktrohstoffe

INKOTA-netzwerk e.V., Chrysanthemenstraße 1 - 3, 10407 Berlin

Telefon: 030 42 08 202-0

E-Mail: inkota@inkota.de, www.inkota.de

Spendenkonto KD-Bank, IBAN: DE06 3506 0190 1555 0000 10, BIC: GENODED1DKD

Spendenstichwort: Rohstoffe

Autorin: Beate Schurath, Referentin Ressourcengerechtigkeit, Tel. +49-351-492 3388,
E-Mail: schurath@inkota.de, INKOTA Regionalstelle Sachsen, Kreuzstr. 7, 01067 Dresden

Gefördert aus Mitteln von Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst und ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein INKOTA verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Zuwendungsgeber wieder.